

Sonja Puntscher
Riekmann

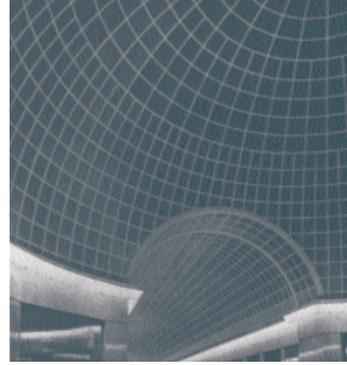
Was ist europäische Wissenschaft?

Wissenschaft und Raum sind auf den ersten Blick ein Widerspruch. Denn Wissen und Wissenschaft sind potenziell immer allgemein und transnational. In Europa weiß man dies seit langem, ist doch die moderne Wissenschaft das Ergebnis jener Offenheit und Freiheit des Denkens, die es den Europäern seit dem Mittelalter ermöglichten, sich an ganz anderen Orten der Welt entwickelte Erkenntnisse und Methoden des Erkenntnisgewinns anzueignen, sie mit den eigenen zu verschmelzen und auf diese Weise Neues hervorzubringen. Das konnten auch kirchliche Restriktionen auf Dauer nicht verhindern. Diese Entwicklung ist aber nicht nur dem Willen oder der Neugier einzelner Forscher und Denker, sondern auch den sozio-ökonomischen, politischen und kulturellen Bedingungen eines Raumes geschuldet. Dies gilt heute umso mehr, als wissenschaftlich produziertes Wissen zusammen mit seiner technisch-ökonomischen Verwertbarkeit Grundlage des Reichtums politisch definierter Territorien ist: allen voran der Nation.

Auch wenn die Europäische Union keine Nation ist, so sind ihre Bemühungen unverkennbar, die neue Einheit als jenen institutionellen Rahmen zu definieren, der wirtschaftliche Prosperität und wissenschaftliche Innovation garantieren soll.

»In die Geheimnisse des Universums eindringen heißt zugleich, ganz ohne Geheimnis die Macht und den Sieg der eigenen Nation zu fördern«, schreibt Serge Moscovici in seinem einflussreichen »Versuch über die menschliche Geschichte der Natur« (1968). Und weiter: »Vielleicht ist der Friede zwischen den Völkern ... oft nichts anderes als

»Ist nicht die Idee einer europäischen Wissenschaftsgemeinde ganz und gar absurd? Es könnte sein, dass gerade die europäischen Differenzen ein größeres Potenzial erhalten.«





ein Kampf, der stellvertretend auf dem Felde der Natur ausgetragen wird. ... Symptomatisch dafür ist die Tatsache, dass Wert, Angemessenheit und Effizienz der Gesellschaftssysteme nicht an der verwirklichten Gleichheit und Gerechtigkeit gemessen werden, sondern an der Fähigkeit, Einfluss auf die Naturerscheinungen und auf die Entwicklung von Wissenschaft und Technik zu nehmen.« Doch ließe sich auch sagen, dass man glaubt, Werte wie Gleichheit und Gerechtigkeit seien nur mehr durch wissenschaftliche und technische Erfolge als Grundlage von Prosperität realisierbar. Denn, so scheint die implizite Annahme zu lauten, ohne Reichtum sind auch Fragen der Gleichheit und Gerechtigkeit nicht zu beantworten.

In diesem Kontext steht auch der Wille europäischer Institutionen, sich im internationalen Wettbewerb um wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu bewähren. Dabei wird dieser Wille von einem pessimistischen Diskurs konterkariert, demzufolge Europa seit geraumer Zeit in einen Rückstand gegenüber den Pionieren USA und Japan geraten sei. In europäischen Texten zur Wissenschaftspolitik, nationaler wie supranationaler Herkunft, herrscht ein Ton der Panik: »Europa läuft Gefahr, den Entwicklungssprung zur wissensbasierten Wirtschaft nicht zu schaffen«, beginnt ein Dokument der Europäischen Kommission aus dem Jahre 2000.

Das Argument des Rückstandes wird mit den ewig gleichen Zahlen über die unterschiedlichen Forschungsausgaben, die unterschiedlichen Akademikerzahlen und die Handelsbilanzdefizite bei Hochtechnologieerzeugnissen belegt. Und diese Darstellungen gipfeln stets im Bild der Forschermigration von der Alten in die Neue Welt. »Europa auf dem Weg zur Weltmacht« (Laqueur) braucht seine Forscher, doch deren Objekt der Begierde heißt Amerika. Ein noch so kurzer Aufenthalt an einer amerikanischen Universität oder Forschungseinrichtung prangt in den Curricula wie ein Adelsprädikat. In Europa können nur wenige Orte mithalten. Und zum Gefühl der Misere trägt bei, dass US-Forscher zu einem weit geringeren Teil nach Europa kommen, wo sie noch viel seltener bleiben wollen. Der Kontinent, in dem moderne Wissenschaft und Forschung wenn nicht erfunden, so doch zu ihrer großen Blüte gebracht wurden, hat sichtlich an Attraktivität verloren. Das gilt, *horribile dictu*, sogar für Forscher und Erfinder aus den Entwicklungsländern. Da helfen auch die jüngst im Bereich der Informationstechnologie angebotenen deutschen Green Cards wenig, indische Informatiker ziehen meist die USA vor.

Dieser Diskurs der Sorge potenziert sich durch den Befund, dass einzelne Staaten, und seien sie ökonomisch noch so potent, des Problems alleine nicht Herr werden können: Sie sind nicht mehr der Raum, in dem das Dreieck von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft Ruhm und Reichtum zu garantieren vermögen. Nur die Anstrengung, einen europäischen Forschungsraum zu errichten, so die Argumentationslinie des Kommissionsdokuments, könne die Zukunft des Kontinents sichern. Dieser Anspruch hat eine Triebkraft, die mit der Konstruktion Europas als politischer Einheit mindestens so viel zu tun hat wie mit dem Wunsch, die Rolle der Avantgarde in der Wissenschaft zurückzugewinnen. Denn die europäische Forschungspolitik, die mit diesem Dokument einen neuen Anstoß erhalten soll, hat durch ihre (bisher fünf) Rahmenprogramme nicht nur den Fortschritt und die Konkurrenzfähigkeit der europäischen Wissenschaft im Auge. Sie zielt zugleich auf die Herausbildung von Epistemic communities, die das Projekt der Integration vorantreiben sollen. Niemand hat das lapidarer als der Kommissionspräsident Walter Hallstein in den 60er Jahren ausgedrückt: »Europa braucht die Wissenschaft.« Die rechtlichen Grundlagen für eine europäische Forschungspolitik finden sich schon in den Römischen Verträgen von 1958, wobei man damals den Akzent vor allem auf die Atomforschung legte.

Europäische Einheit und Einheit der Wissenschaft

Die Europäische Kommission will, dass »Europa im Bereich der Wissenschaft und der Technologie nach innen wie nach außen geschlossen in Erscheinung tritt« (Europäische Kommission 2000, 14). Wie soll das gehen? Die von der Kommission unterbreiteten Vorschläge sind nicht neu, haben aber nichts von ihrer Verheißung verloren: Sie handeln von der Vernetzung der nationalen Spitzenforschungszentren, von der Finanzierung großer (d. h. den amerikanischen vergleichbaren) Forschungsinfrastrukturen, von einer besseren Abstimmung der Forschungsaktivitäten, von dem verstärkten Einsatz von Risikokapital, von europaweit gültigen Patentrechten, von der Entwicklung eines gemeinsamen wissenschaftlich-technischen Referenzsystems zur Umsetzung von Politik, vom Ausbau der Humanressourcen und der Forschermobilität, von der Stärkung der Position der Frauen in und des Interesses von Jugendlichen an der Wissenschaft, vom innereuropäischen Zusammenhalt und der Annäherung Osteuropas und – unvermeidlich – von den gemeinsamen sozialen



und ethischen Werten als Grundlage wissenschaftlich-technischen Arbeitens (ebd., 8 f.). So vernünftig all dies erscheint, so sehr drängt sich die Frage auf, warum es noch nicht geschehen ist. Warum 15 Jahre nach dem »Memorandum für eine Technologiegemeinschaft« (1985) die Europäische Kommission noch immer dieselben Ziele beschwört. Damals hieß es: »Europa Macht, Präsenz und internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verleihen und es mit einem dynamischen wissenschaftlichen und technologischen System auszustatten, das eine ausgeglichene Entwicklung auf allen Bereichen von lebenswichtigem Interesse ... ermöglicht, stellen zwei nicht voneinander zu trennende Ziele dar.« (Europäische Kommission 1985, 1) Nur das Selbstbewusstsein, das die Delors-Administration auszeichnete, ist geschwunden, wohl auch wegen des Prestigeverlustes, den die heutige Kommission aus anderen Gründen hinnehmen muss; im Dokument des Jahres 2000 dominiert die Sorge, Europa gerate ins Hintertreffen. Auffällig ist aber, dass eine Analyse der Fehler oder zumindest der Versäumnisse der letzten eineinhalb Jahrzehnte, die nun diese neue Offensive notwendig machen, fehlt. Ohne eine solche Analyse könnte aber das neue Unternehmen ebenso zum Scheitern verurteilt sein. Allerdings ließe sich diese Frage auch ganz anders stellen: Sind es nicht weniger politische Fehler als vielmehr strukturelle Ursachen, die das Entstehen einer auf Zusammenhalt bedachten europäischen Scientific community verhindern? Oder noch radikaler: Ist nicht die Idee einer europäischen Wissenschaftsgemeinde ganz und gar absurd?

Die Fata Morgana der europäischen Scientific community

Der Leichtigkeit im Umgang mit dem Begriff der Scientific community entspricht keine genaue Vorstellung von dem, was diese Gemeinschaft wirklich ist. Gemeinschaft suggeriert einen Willen von Einzelnen zur Einheit, mithin zum Schaffen von Institutionen im Sinne von Normen, Werten, Regeln und Arrangements, denen alle Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sich verpflichtet fühlen. Nun ist dies im Wissenschafts- und Forschungsbereich partiell auch der Fall. Aber es handelt sich stets um sektorielle und partikuläre Einheiten, die auch immer wieder zur Disposition stehen, weil ihre Normen und Regeln keineswegs überall und gleichermaßen formalisiert und schon gar nicht immer während gültig sind. Ganz im Gegenteil und aus guten Gründen, ist doch jeder Fortschritt abhängig von der Änderung der Normen, Werte und Regeln, von Transgressionsakten oder, wenn man so

will, von Tabubrüchen. Wissenschaft, die tatsächlich auf Erkenntnis setzt, bedarf der Avantgarde und diese ist per definitionem jene Gruppe, die eine Linie durchbricht, die sich absetzt, indem sie die klassischen Pfade verlässt. Die Aufhebung der »Pfadabhängigkeit« ist die *Conditio sine qua non* wissenschaftlicher Innovation, auch wenn sie, wie Kuhn zu Recht behauptet, höchst selten zu echten Revolutionen und wirklichen Paradigmenwechseln führt. Denn ganz unbestritten bleibt, dass ein erheblicher Teil von Wissenschaft und Forschung keineswegs permanent Fortschritte zeitigt, sondern sich oft mehr oder weniger routiniert in selbstreferenziellen Diskursen bewegt.

Die Wissenschaftsgemeinschaft ist keine Gemeinschaft im üblichen Sinne des Begriffs, sondern ein Ensemble von Individuen und Einrichtungen, die miteinander im Wettbewerb stehen und Ziele verfolgen, die sich nicht unbedingt mit jenen einer politischen Gemeinschaft decken. Die Wissenschaft hat ihre eigenen Gesetze und Methoden, deren Leistungen zwar die Macht und den Ruhm des Staates, in dem sie erbracht werden, mehren können, aber nicht mit diesen identisch sind. Wissenschaftler zielen zunächst einmal auf den eigenen Ruhm und das eigene Fortkommen. Wenn heute europäische und außereuropäische Forscher es für sinnvoll halten, an amerikanischen Einrichtungen zu arbeiten, so tun sie dies nicht, weil sie sich mit den Interessen der USA als Nation identifizieren und zu deren Ruhm und Prosperität beitragen wollen, sondern weil sie dort Bedingungen des Denkens und Handelns vorfinden, die vielversprechender erscheinen als anderswo.

Und viel versprechend ist wohl, wenn Forschungseinrichtungen so gestaltet sind, dass die der wissenschaftlichen Methode inhärente Dynamik nicht behindert wird, dass sie das experimentelle Treiben zulassen, das Einstein und Infeld in der »Evolution der Physik« (1950) als Alpha und Omega von Wissenschaft beschrieben haben. Dieses Treiben hat zum Ziel, »auf neue Gesetzmäßigkeiten aufmerksam zu machen, zu neuen Experimenten anzuregen und die Wege zur Entdeckung neuer Phänomene und Gesetze zu ebnen« (ebd., 54). Zu diesem Behufe sind die Strategien der Europäischen Kommission, neue Hochleistungszentren einzurichten, wohl ebenso angemessen wie Maßnahmen zur Erhöhung der Mobilität und der Kommunikation von Forschern. Ob daraus ökonomisch und in der Folge politisch Verwertbares entsteht, kann meist nicht a priori entschieden werden. Und ob daraus eine



europäische Scientific community entsteht, die nach innen und nach außen geschlossen auftritt, muss aus mehreren Gründen fraglich bleiben.

Einheit und Differenz

Wissenschaftler stehen heute mehr denn je individuell und institutionell in einem globalen Wettbewerb. Wissenschaftsdiskurse sind nur höchst partiell auf nationale Kontexte begrenzt. Dies gilt auch für die supranationale Konstruktion der Europäischen Union. Zugleich ist unverkennbar, dass es innerhalb der Diskurse eine amerikanische Hegemonie gibt. Dies gilt nicht nur für die Natur-, sondern auch für die Sozialwissenschaften. Sie ist möglicherweise in den Geisteswissenschaften geringer. Doch im Dokument der Europäischen Kommission ist von den Geisteswissenschaften ohnehin mit keinem Wort und von den Sozialwissenschaften nur implizit die Rede. Dies ist schon durch die Prämisse des Textes, dessen Hauptaugenmerk auf einer »wissensbasierten Wirtschaft« liegt, präjudiziert.

Das Kommissionsdokument scheint nun an die europäischen (Natur)Wissenschaftler zu appellieren, ihr Tun in den Dienst der europäischen Einheit zu stellen. Dies muss an den oben skizzierten Interessen der Wissenschaftler scheitern. Es scheitert aber vermutlich auch an nach wie vor unterschiedlichen Wissenschaftskulturen der einzelnen Mitgliedstaaten, deren Konvergenz tatsächlich von der Mobilität der einzelnen Forscher und Forscherinnen und einem beständigen Austauschprozess abhängt. In den verschiedenen Regionen Europas herrschen zum Teil sehr unterschiedliche Zugänge zu wissenschaftlichem Arbeiten vor, theoriegeleitetes steht oft pragmatisch-empirischem Denken gegenüber, nicht alle unterwerfen sich den gleichen und gleich strengen Gesetzen der Methodik. Dies kann, muss aber nicht notwendigerweise ein Nachteil sein, entsteht doch Neues oft aus unkanonisiertem Denken. Es könnte sein, dass gerade die europäischen Differenzen ein größeres Potenzial enthalten.

Doch wohnt dem Diskurs von der Einheit in der Vielfalt auch eine gehörige Portion Romantizismus inne. Wissenschaft und wissenschaftlicher Fortschritt haben mit unorthodoxen Sichtweisen mindestens ebenso viel zu tun wie mit einem Rigor intellectualis, der auf Konsistenz und strenger Methodik beruht. Und sie haben mit Freiräumen zu tun, die auch einer soliden finanziellen Basis bedürfen.

Wenn Europa im Vergleich weniger Akademiker produziert als die USA oder Japan, dann ist diese Differenz relativ einfach durch mehr Investitionen in den Ausbildungsbereich zu lösen. Solche Investitionen bleiben nach wie vor den Mitgliedstaaten überlassen. Von einer »Europäisierung« der Ausbildung kann schon gar nicht die Rede sein, weil sie zu den bestgeschützten nationalen Kompetenzen gehören. Dies perpetuiert nationale Kulturen, die nicht nur fruchtbare Vielfalt, sondern – Romantik beiseite – auch manifeste Qualitätsunterschiede hervorbringen.

Es stellt sich daher die Frage, ob nicht ein Vorstoß der Kommission im Bildungsbereich mindestens ebenso dringlich wäre wie jener im Forschungsbereich. Doch dazu wäre die Einsicht der Mitgliedstaaten in die Notwendigkeit einer Angleichung der Bildungssysteme vonnöten. Dies wird schon deshalb schwierig sein, weil eine solche Konvergenz doch einen institutionellen Wandel von Administrationen und Betroffenen voraussetzen würde, der wohl nur allmählich und unter äußerem Druck einsetzen wird. Loyalitäten zu einer neuen politischen Gemeinschaft entstehen nicht automatisch, sie gründen sich auf reale Möglichkeiten für den Einzelnen, darin »seine Rechnung zu finden«, wie Jacob Burckhardt über den Nationalstaat des 19. Jahrhunderts sagte. Ob Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen den europäischen Bildungs- und Forschungseinrichtungen gegenüber anderen den Vorzug zu geben bereit sind, wird davon abhängen, ob sie durch diese ihre Chancen realisieren können.

Literatur:

Einstein, A. und Infeld, L.: *Die Evolution der Physik*, Wien 1950

Europäische Kommission: *Memorandum für eine Technologiegemeinschaft*, Brüssel 1985

Europäische Kommission: Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: *Hin zu einem europäischen Forschungsraum*, KOM (2000) 6, Brüssel 2000

Lacqueur, W.: *Europa auf dem Weg zur Weltmacht: 1945–1992*, München 1992

Moscovici, S.: *Versuch über die menschliche Geschichte der Natur*, Frankfurt/M. 1990